

11.05.2021

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Innovationsraum Innenstadt und Einzelhandel im Strukturwandel stärken

I. Ausgangslage

Die Lebensadern von vitalen Innenstädten sind neben der Gastronomie und der Kultur vor allem der stationäre Einzelhandel. Alle diese Bereiche sind massiv von der Corona-Pandemie und den erforderlichen Schließungen zur Kontaktreduzierung getroffen. Neben der Versorgung mit wichtigen Gütern dienen Innenstädte auch dem Wohnen und Arbeiten, der Freizeitgestaltung und dem Zusammenkommen von Menschen. Die Folgen der Corona-Krise bedrohen den Kern dieses Zusammenspiels. Vor der Krise war der Einzelhandel der größte Frequenzbringer in den Städten, weshalb in der Krise ein Schreckensszenario droht: stirbt der stationäre Einzelhandel, sterben die Innenstädte. Der Handelsverband Deutschland sieht ein akutes Insolvenzrisiko für 50.000 Geschäfte mit über 250.000 Beschäftigten und eine drohende Verödung der Innenstädte.

Die Corona-Krise überlagert und beschleunigt dabei einen schleichenden Strukturwandel. In Hinblick auf verändertes Kundenverhalten stellt sich für den Einzelhandel einerseits die Herausforderung mit dem Online-Handel zu konkurrieren. Andererseits bieten sich für etablierte Einzelhändler auch neue Chancen durch eine Kombination von stationärem Einzelhandel und Online-Handel zusätzliche Kunden zu gewinnen. Gleichzeitig haben die Megatrends der modernen Arbeitswelt sich bereits vor der Pandemie abgezeichnet: Das Homeoffice ergänzt den festen Büroarbeitsplatz, „New Work“ setzt auf Vertrauen zwischen Arbeitgeber und -nehmer, digitale Tools machen viele Geschäftsreisen überflüssig. Mit dem Megatrend Post-Corona wird sich die gewachsene Segmentierung zwischen Arbeiten, Schlafen, Freizeit und Lernen weiter relativieren, die „Europäische Stadt“, in der alles organisch zueinander findet, gewinnt wieder an Aktualität.

Die NRW-Koalition aus CDU und FDP arbeitet gemeinsam mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung bereits intensiv an dem Erhalt vitaler Innenstädte. Mit dem Antrag „Heimat braucht Handel – vitale Innenstädte für die Zukunft des Einzelhandels in Nordrhein-Westfalen erhalten, den stationären Handel bei seinem Weg ins digitale Zeitalter unterstützen“ (Drs. 17/10733) wurde ein umfassendes Konzept vorgelegt, wie Innenstädte lebendig und besuchenswert erhalten werden können. Die Stärkung der Städte als Wirtschafts- und Erlebnisraum, die Sicherung der Vielfalt, die verbesserte Erreichbarkeit der Innenstädte und innovative Stadtkonzepte sind Gestaltungsaufgabe und handlungsleitend für den Politikansatz der NRW-Koalition. Dabei bedingen sich ein attraktiver Einzelhandel und ein funktionierender Erlebnisraum Innenstadt gegenseitig. Deshalb sind die Aspekte Leerstandsmanagement und

Digitalisierung des stationären Einzelhandels in der aktuellen Phase der Corona-Krise zentrale Herausforderungen und Chance für den Innovationsraum Innenstadt zugleich.

Nordrhein-Westfalen ist mit den bereits aufgelegten Programmen wie dem Sofortprogramm Innenstadt 2020 und den Digitalcoaches Vorbild für andere Länder. Mit dem Sofortprogramm Innenstadt stehen insgesamt 70 Millionen Euro für Anträge bis Ende April 2021 bereit, um den Folgen der Corona-Krise zu begegnen und den Wandel im Handel aktiv zu begleiten. Mit leerstehenden Immobilien kämpfen viele Städte seit Jahren, da Leerstand immer einen Attraktivitätsverlust im Stadtbild bedeutet. Mit den sichtbaren Schließungen von Kaufhäusern, dem zunehmenden Leerstand von Ladenlokalen, Gastronomieflächen und ganzen Immobilien sowie den sich noch abzeichnenden Folgen der Corona-Krise ist die Leerstands-Problematik ein besonders drängendes Thema. Das Sofortprogramm Innenstadt setzt hier an und bietet innovative Instrumente an, um beispielsweise Zwischennutzungen oder Immobilienentwicklung zu ermöglichen. Mit diesen Programmen haben die Landesregierung und die NRW-Koalition von CDU und FDP bereits wichtige Weichen für den Erhalt vitaler Städte gestellt.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat Ende März eine gemeinsame Innenstadtoffensive vorgestellt. Die Offensive ist Ergebnis von zwei Innenstadtgipfeln und wurde mit Partnern aus den Kommunen, dem Handel, Gastgewerbe und Hotellerie sowie weiteren relevanten Stakeholdern entwickelt. Die Innenstadtoffensive setzt in elf Bereichen wegweisende Impulse für unsere Stadtzentren. So wird der Innenstadtfonds verstetigt und um weitere 30 Millionen Euro aufgestockt, damit weitere ad-hoc-Maßnahmen zur Stabilisierung und Revitalisierung der Innenstädte und Zentren ergriffen werden können.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen will einen „Innovationsraum Innenstadt“ im Wege eines Modell- und Forschungsprojektes auf den Weg bringen, mit dem unkomplizierter als heute ein vielfältiger Funktionsmix in Innenstädten und Zentren erreicht werden soll.

Im Mittelpunkt des „Innovationsraum Innenstadt“ steht die Anwendung innovativer und experimenteller Strategien, Konzepte und Maßnahmen, um zu neuen Leitbildern der Innenstadt- und Zentrenentwicklung zu kommen: Dafür werden Innenstädte zeitweise und teilträumlich zu einem Experimentierfeld entwickelt, indem neue Modelle der Multifunktionalität und neue Geschäftsmodelle durch die Verknüpfung von Arbeiten, Handel, Wohnen und Produktion erprobt werden. Dazu kommen Kultur und Events in unterschiedlicher Ausprägung.

Für diesen Zweck sind zusätzlich zehn Millionen Euro bereitgestellt. Aus der Perspektive der NRW-Koalition ist dabei besonders wichtig, dass Nutzungsänderungen von Immobilien schneller und ohne langwierige Bürokratie möglich gemacht werden. So könnten beispielsweise obere Geschosse leerstehender Immobilien in Parkraum, Wohnraum, Seniorenheime oder Logistik-Hubs umgewandelt werden. Die Pläne der nordrhein-westfälischen Landesregierung für eine Innovationsklausel in der Bauordnung sind ausdrücklich zu begrüßen. Unabdingbar sind auch schnellere und digitale Prozesse in den Baubehörden der Kommunen.

II. Handlungsbedarf

Innenstädte leben von den Menschen, die sie besuchen und von Kundenströmen. Deshalb muss es ein Ziel sein, frequenzbringenden Formaten die Ansiedlung zu erleichtern. Die Innenstadtoffensive adressiert explizit eine verstärkte Ansiedlung von Frequenzbringern für die Städte. Beispielsweise können Lebensmittelmärkte in städtebaulich integrierten Lagen, auch auf kleineren Flächen, neue Kundenströme in die Städte lenken. In diesem Zusammenhang sind die Kommunen dabei zu unterstützen, Best-Practice-Konzepte zur

Nahmobilität sowie ÖPNV und Innenstadthandel auszurollen. Darüber hinaus können neue Logistikkonzepte wie Micro- oder City-Hubs Frequenzströme erhöhen und dabei gleichzeitig den Verkehr in den Städten entlasten, denn insbesondere in der Post-Corona-Zeit werden die Pakettlieferungen des Online- und Versandhandels aufgrund zurückgehender Home-Office-Quoten nicht immer zu Hause angenommen werden können.

Am 4. Dezember 2020 veröffentlichte die Landesregierung Nordrhein-Westfalen das Ergebnis einer Kommunalumfrage über die Zukunft der Innenstädte und Zentren: Rund 68 Prozent der Kommunen haben sich beteiligt und wichtige Ergebnisse geliefert. Erkenntnisgewinn 1: Sauberkeit und Sicherheit wird als wichtigster Zukunftsfaktor eingestuft und löst damit die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Auto ab. Erkenntnisgewinn 2: Gastronomie, Freizeit, Kultur, Tourismus, Dienstleistungen und medizinische Angebote gewinnen gegenüber der Handelsfunktion an Bedeutung. Eine Umfrage der Unternehmensberatung Simon-Kucher & Partners aus März 2021 zeigt, dass eine Mehrheit der Verbraucher die Stadtzentren neben dem Shoppen auch vermehrt für Treffen mit Familie und Freunde sowie Besuchen von Gastronomie und Events aufsuchen möchten. Dies zeigt einmal mehr, wie bedeutsam die Attraktivität und die Aufenthaltsqualität in unseren Innenstädten ist.

Ein wichtiges Signal der Innenstadtoffensive ist des Weiteren die gezielte Stärkung des stationären Einzelhandels. Die Corona-Krise hat vor Augen geführt, wie groß der digitale Nachholbedarf bei kleinen und teilweise auch mittleren Unternehmen im stationären Einzelhandel ist. Wer heute nicht digital wahrgenommen werden kann, existiert für viele Kunden nicht. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat konsequent auf die Situation reagiert und mit dem Sonderprogramm „digitalen und stationären Handel zusammendenken“ ein breitenwirksames Programm aufgelegt, das erstmalig seit dem Bestehen des Förderprogramms direkt bei den Einzelhändlern ankam. Mit dem mehr als zwanzigfachen des sonst üblichen Fördervolumens hat die Landesregierung ein starkes Signal gesetzt, fest an der Seite der schwer durch die Pandemie getroffenen Einzelhändler zu stehen. Die Innenstadtoffensive legt das breitenwirksame Sonderprogramm auch für das Jahr 2021 auf, damit wiederum eine Vielzahl von stationären Einzelhändlern erreicht werden, die Investitionen in hybride Geschäftsmodelle tätigen. Ausdrücklich ist zu begrüßen, dass das Programm über ein niedrighschwelliges Gutscheinsystem implementiert wird, mit dem es gelingt, die Förderbürokratie zu minimieren.

Als äußerst erfolgreich und wirkungsvoll haben sich in der Krise die im Jahr 2019 eingeführten Digitalcoaches erwiesen. Von den rund 2200 eingereichten Anträgen im Rahmen des Sonderprogramms wurden etwa die Hälfte von den vier Digitalcoaches begleitet. Um die Digitalisierungsoffensive im Einzelhandel weiter zu unterstützen, wird die Anzahl Corona-bedingt für die Digitalcoaches auf sechs erhöht sowie zur Verstetigung des Programms die Laufzeit bis Ende 2024 verlängert. Darüber hinaus wird das Instrument der Digitalcoaches auch auf die Gastronomie übertragen, das insbesondere in den Innenstädten neue kombinierte digitale Formate ermöglicht, was die Attraktivität zusätzlich steigern kann.

So richtig und wichtig eine Digitalisierungsoffensive des Handels für zukunftsfeste Geschäftsmodelle ist, so entscheidend sind auch gleiche Spielregeln für alle Formen von Handelsunternehmen. Missstände und Regulierungsdefizite sind beispielsweise in der umsatzsteuerlichen Behandlung vom internationalen Online-Handel sowie in den Logistikketten zu beobachten.

Die NRW-Koalition erachtet zudem die Flankierung der Innenstadtoffensive durch eine Fokussierung auf die systematische Vermeidung von Leerständen für zentral. Das Land Nordrhein-Westfalen kann die Kommunen beim Leerstandsmanagement mit digitalen Tools unterstützen. Ziel muss es sein, eine landesweite Datenbank zu Handelsflächen und

Leerständen zu entwickeln, die eine quantitative Erfassung von leerstehenden oder leerfallenden Immobilien und die digitale Darstellung von Innenentwicklungspotenzialen ermöglicht. Dabei ist eine landesweit einheitliche Lösung anzustreben, um eine Vielzahl von kommunalen Insellösungen zu vermeiden. Zielgenaue und innovative Entwicklungsmöglichkeiten werden ermöglicht, wenn zusätzlich Daten zur Passantenfrequenzen, Pendlerdaten oder Kaufkraftkennziffern in das System integriert werden. Darüber hinaus kann eine solche Datenbank am effektivsten verwendet werden, wenn Mechanismen entwickelt werden, die Leerstand frühzeitig erkennen und anzeigen. Um ein entsprechendes landesweites System praxisgerecht zu gestalten, ist ein Pilotprojekt „Digitales Leerstandskataster“ in Kommunen mit heterogenen Ausgangslagen zu starten. Die Interessen der Kommunen, der Immobilieneigentümer sowie der -nutzer können so effektiv und produktiv zusammengebracht werden. Durch ein effektives und erfolgreiches Leerstandsmanagement kann zudem ein Beitrag geleistet werden, die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren und das Prinzip Innen- vor Außenentwicklung stärker mit Leben gefüllt werden.

Damit das Zusammenspiel von Kommunen, Immobilieneigentümern, örtlichen Gewerbetreibenden und Immobilieninteressenten sich sinnvoll gestalten lässt, sind City-Manager als Schnittstelle zwischen den relevanten Zielgruppen geeignet. Deshalb sind die kommunalen Wirtschaftsförderungen zu stärken, ein zertifiziertes Berufsbild für City-Manager zu entwickeln und die Vernetzung der City-Manager zu optimieren.

Innenstadt-Politik ist von zentraler Bedeutung für das Außenbild einer Stadt, sie muss wie Firmenansiedlung in Gewerbegebieten behandelt werden und mehr Ressourcen, Budget und Personal bekommen.

Es geht bereits jetzt darum, die Strategien für den Restart der Innenstädte zu entwickeln und die Instrumente für lebendige Städte zu schärfen, damit die Umsetzung sobald möglich, unverzüglich starten kann.

III. Beschlussfassung

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- die in Deutschland bislang einzigartige Innenstadtoffensive konsequent umzusetzen. Hierbei sollte ein Schwerpunkt in der kommunalen Umsetzung des Sofortprogramms Innenstadt in der Ansiedlung innovativer Zwischenanmietungen, wie Handelskonzepten mit Pop Up bzw. Concept Stores liegen, um die Attraktivität des Handelsbesatzes zu erhöhen.
- in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Urbane Logistik zu prüfen und über die systematische Verknüpfung von Praxis und Forschung die Integration neuer Logistikkonzepte für Lieferverkehre, wie Mikrodepots oder City-Hubs, im Sinne einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung in Kommunen voranzutreiben.
- im Rahmen des Innovationsraumes Innenstadt zusammen mit den Kommunen ein strategisches Leerstandsmanagement aufzubauen und über einen Wissens- und Informationstransfer sicherzustellen, dass in den Kommunen Handlungsansätze gefördert werden, damit der Umstieg von einem konventionellen zu einem strategischen, digitalen Leerstandsmanagement und einer nachhaltigen und auf Dauer angelegten kommunalen Innenstadtpolitik gelingt.

- die Kommunen dabei zu unterstützen, die kommunalen Wirtschaftsförderungen zu stärken und City-Manager einzusetzen. Dabei ist ein zertifiziertes Berufsbild für City-Manager anzustreben und ein landesweites City-Manager-Netzwerk für regelmäßigen, dauerhaften Wissenstransfer aufzubauen, um Best-Practice-Ideen für kommunale Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.
- das ISG-Gesetz zu novellieren, um die Gründung von Immobilien- und Standortgemeinschaften zu erleichtern sowie diese enger an die kommunalen Entscheidungsprozesse und besonders an die City-Manager anzubinden.
- die Förderbürokratie im Sonderprogramm „digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken“ durch ein Gutscheinsystem zu minimieren.
- sich für gleiche regulatorische Spielregeln für alle Formen des Handels einzusetzen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Daniel Sieveke
Thorsten Schick
Henning Rehbaum
Fabian Schrupf
Florian Braun
Oliver Kehrl

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Ralph Bombis
Stephen Paul
Rainer Matheisen

und Fraktion